



Besser altern

Millionen gingen in Chile für ein faires Rentensystem auf die Straße. **Seite 6**

Foto: AFP/Martin Bernetti

Besser verstehen

Berlin diskutiert über sein Institut für Islamische Theologie. **Seite 11**

Besser predigen

In Rom sollen Priester lernen, mit ihren Predigten die Kirchgänger auch zu begeistern – so wie das große Vorbild Papst Franziskus. **Seite 20**

Foto: 123rf/ginasanders

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Dienstag, 28. März 2017

72. Jahrgang/Nr. 74

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Unrechtsstaat

Fabian Lambeck über behördliche Willkür bei Asylanträgen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist eine Bundesbehörde. Seine im ganzen Land verteilten Dependancen sind Außenstellen und keine Landesbehörden. Wer hier also nach langer, oft gefährvoller Reise seinen Asylantrag stellt, muss davon ausgehen, dass es keine Rolle spielt, ob er das in Bayern oder Sachsen-Anhalt tut. Doch offenbar spielen regionale und lokalpolitische Faktoren eine größere Rolle als bislang angenommen. Ohnehin ist das deutsche Asylrecht immer wieder Grundlage für fragwürdige Entscheidungen. Zumal politische Direktiven die rechtlichen Vorgaben schnell mal außer Kraft setzen.

Eine Studie der Universität Konstanz kommt nun zu dem Ergebnis, dass die Anerkennungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich variieren. Diese Unterschiede legen nahe, dass hier nicht auf Grundlage ein und derselben Rechtsverordnung entschieden wurde. Wenn sich die Mitarbeiter des Bundesamtes vom antizipierten politischen Willen der jeweiligen Landesregierung oder der Stimmung in der Bevölkerung leiten lassen, dann ist deren Entscheidung keine rechtsstaatliche, sondern eine willkürliche.

Doch Behördenwillkür, die bestehende Gesetze ignoriert, ist ein Merkmal des Unrechtsstaats. Den Charakter eines solchen Staates mache unter anderem aus, so der ehemalige Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes, Horst Sandler, dass das Recht »bei Bedarf unkontrolliert beiseitegeschoben« werde. Für viele Asylbewerber erweist sich Deutschland so als Unrechtsstaat.

UNTEN LINKS

Forschern ist es gelungen, eines der größten Politrätsel zu lösen: das »bundespolitische Signal«. Das Phänomen taucht regelmäßig nach Wahlabenden auf, verflüchtigt sich aber meist rasch. Zwei Erklärungsansätze wurden nun vorgestellt. Der eine besagt, dass das »bundespolitische Signal« binär existiert – also entweder gibt es eins, etwa weil der Erfolg einer Partei Aussagen über späteres Gelingen zulässt. Oder es gibt keines, etwa weil das Saarland in Wahrheit französisch funktioniert und daher gar keine Signale nach Berlin senden darf. Der andere Ansatz erklärt, warum es nie Einigkeit darüber gibt, ob überhaupt ein »bundespolitisches Signal« vorliegt. Hier soll die Quantenmechanik helfen, genauer: Schrödingers Katze. Die kann nämlich gleichzeitig tot und lebendig in ihrer Experimentkiste sitzen. Weil Tiere aber nicht bei Wahlen zugelassen sind, wird nun überlegt, das Phänomen künftig als »Schulzzug« zu bezeichnen. Der rast und rollt – und kommt zugleich nie an. *tos*

ISSN 0323-3375



In der Saarschleife

Zieht Rot-Rot? Und wenn ja, wen wohin? Die SPD will keine Signale sehen



Foto: dpa/Kay Nietfeld [M]

Berlin. Der Tag nach einer Landtagswahl wird einem ganz speziellen Genre der Parteienkultur gewidmet – dem Zurechtlegen von Ergebnissen. Für die Union hieß dies am Montag, den Erfolg von Ministerpräsidentin Anngret Kramp-Karrenbauer zu einem bundespolitischen Signal zu überhöhen. Und so war die Rede sowohl von einer gestiegenen Wahrscheinlichkeit kommender CDU-Erfolge als auch von einer im Wahlergebnis dokumentierten Unbeliebtheit rot-roter bzw. rot-roter-grüner Koalitionen. Die SPD, so die allgemeine Losung, müsse einsehen, dass ihr »Flirts« mit der Linkspartei nichts einbrächten.

Führende Sozialdemokraten, die auf eine erfolgreiche Durchfahrt des »Schulzzuges« an der Saarschleife, eine der Sehenswürdigkeiten des Bundeslandes, gehofft hatten, waren ihrerseits bemüht, das Gegenteil für glaubhaft zu erklären: dass die Landtagswahl keinerlei vorausbedeutende Botschaft in sich trage. Einige Parteilinke hielten dagegen. Der Vorsitzende Martin Schulz verstieg sich dennoch zu der Formulierung, es sei nun »nicht nur falsch, sondern auch fahrlässig«, Schlüsse für die kommenden Wahlen zu ziehen. SPD-Vize Ralf Stegner befand, man sei »immer klug beraten« gewesen, »keine Koalitionswahlkämpfe zu füh-

ren«. Davon wiederum will die Linkspartei nichts wissen. Deren saarländischer Fraktionschef Oskar Lafontaine meint, »dass eine Strategie, die darauf verzichtet, die Partner zu benennen, und die verzichtet, konkret die Ziele zu nennen, nicht erfolgreich sein kann«.

Und so läuft, während die Saar-SPD »harte Koalitionsverhandlungen mit der CDU« in Aussicht stellte, nun die Debatte: Hat die Aussicht auf Rot-Rot konservative Wähler mobilisiert und SPD-Anhänger von ihrem Kreuz abgehalten? Und wenn ja: Wie kommen die Sozialdemokraten aus dieser Saarschleife wieder heraus? *tos* **Seiten 2 und 3**

Asyl-Lotterie auf dem Amt

Studie enthüllt drastische Unterschiede bei den Anerkennungsquoten in einzelnen Bundesländern

Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind offenbar weit willkürlicher als bislang angenommen.

Von Fabian Lambeck

Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen: Ob ein Asylbewerber als Flüchtling anerkannt wird, hängt offenbar auch davon ab, in welchem Bundesland er seinen Antrag stellt. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Studie der Universität Konstanz hervor. So gibt es trotz eigentlich einheitlicher Regeln teils erhebliche Unterschiede zwischen den Anerkennungsquoten in den Bundesländern. Die Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nehmen demnach Rücksicht auf »wahrgenommene Befindlichkeiten« des Bundeslandes, in dem das jeweilige Entscheidungszentrum der Bundesbehörde angesiedelt ist,

schreiben die Autoren der Studie, Lisa Riedel und Gerald Schneider, in der »Politischen Vierteljahresschrift«.

Spitzenreiter bei den Anerkennungsquoten waren in den Jahren 2010 bis 2015 der Studie zufolge das Saarland mit 69 Prozent und Bremen mit 55,7 Prozent. Schlusslichter waren Sachsen mit 26,9 Prozent und Berlin mit nur 24,6 Prozent. Dieser Unterschied sei im Untersuchungszeitraum auch bezogen auf einzelne Jahre grundsätzlich erhalten geblieben, obwohl die Anerkennungsquote bundesweit von 2010 bis 2015 stark anstieg.

Die Forscher berücksichtigten auch, ob sich die Unterschiede durch einen unterschiedlichen Anteil von Flüchtlingen aus bestimmten Herkunftsländern in den verschiedenen BAMF-Zentren erklären ließen. Tatsächlich ergaben sich für Flüchtlinge aus Syrien relativ ausgeglichene Anerkennungsquoten. Um so größer

waren die Differenzen jedoch bei Flüchtlingen aus Irak und Afghanistan.

So wurden in Niedersachsen 75,5 Prozent der Asylanträge aus Irak anerkannt, in Sachsen-Anhalt dagegen nur 37,5 Prozent. In

»Das Asylverfahren stellt immer eine Einzelfallprüfung dar.«

Eine Sprecherin des BAMF

Nordrhein-Westfalen betrug die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus Afghanistan 34,4 Prozent, in Brandenburg jedoch nur zehn Prozent.

Das BAMF wies die Vorwürfe am Montag zurück. »Das Asylverfahren stellt immer eine Einzelfallprüfung dar«, betonte eine Sprecherin der Behörde gegen-

über »nd«. Die Gruppe der Asylantragsteller aus einem Herkunftsland könne »stark heterogen sein«. Einfluss auf die Entscheidung habe »beispielsweise die Volksgruppenzugehörigkeit«, so die Sprecherin. Zudem werde nicht in jedem Bundesland »jedes Herkunftsland gleich stark bearbeitet«.

Die Forscher der Uni Konstanz sehen hingegen andere Gründe: Besonders niedrig sei die Anerkennungsquote in Bundesländern, in denen eine hohe Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe registriert wurde. So wirke sich »eine rechtsextreme Stimmung in Teilen der Bevölkerung eines Bundeslandes auch auf Entscheidungen« der BAMF-Außenstellen aus. Die beiden Autoren sprechen sich dafür aus, den Handlungsspielraum des einzelnen Entscheiders einzuschränken. Zudem sollten die BAMF-Außenstellen einem Monitoring unterzogen werden. *Mit Agenturen*

»Ordnungsstörer« Nawalny in Moskau mit Arrest bestraft

Westliche Kritik an Verhaftungen

Moskau. Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ist für die Organisation der nicht erlaubten Demonstration in der Hauptstadt am Wochenende von einem Moskauer Gericht am Montag zu 15 Tagen Arrest und einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Protest habe die öffentliche Ordnung gestört. Landesweit waren in Russland Zehntausende Menschen auf die Straße gegangen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation OVD Info wurden allein in Moskau mehr als 1000 Demonstranten festgenommen. Die Bundesregierung äußerte in Berlin »Unverständnis und Sorge« über die Festnahmen, eine Sprecherin der EU äußerte sich in Brüssel ähnlich. Von einem »Angriff auf die zentralen Werte der Demokratie« sprach US-Außenamtssprecher Mark Toner.

Kremlsprecher Dmitri Peskow versicherte laut russischen Medien, Präsident Wladimir Putin führe den aktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft. Das Versammlungsrecht werde respektiert. *Agenturen/nd* **Seiten 4 und 8**

Nordirland wieder ohne Regierung

Gespräche der Parteien gescheitert – London verlängert Frist

Belfast. Wenige Stunden vor Ablauf der Frist zur Regierungsbildung in Nordirland haben die beteiligten Parteien am Montag keine Einigung erzielt und die Gespräche abgebrochen. Die bisherige Regierungschefin Arlene Foster von der protestantischen Democratic Unionist Party (DUP) sagte, die Gespräche seien gescheitert. Sie machte dafür die katholisch-republikanische Sinn-Fin-Partei verantwortlich, die zu keiner Koalitionsregierung für die halbautonome britische Provinz bereit gewesen sei. Die britische Regierung hat daraufhin die Frist für eine Regierungsbildung um »wenige Wochen« verlängert. Es gebe nun »ein kurzes Fenster der Möglichkeiten«, erklärte Nordirlandminister James Brokenshire am Montag in Belfast.

Seit dem Friedensabkommen von 1998 gilt die Regelung, dass die Macht zwischen den protestantischen und katholischen Kräften geteilt wird. Bislang stellte die probristische DUP die Regierungschefin und Sinn Fein, die für die Vereinigung mit Irland eintritt, den Stellvertreter. *AFP/nd*

Millionen Menschen abgehängt

Fortschritt erreicht insbesondere Minderheiten und Flüchtlinge nicht

Berlin. In der menschlichen Entwicklung hat es im vergangenen Vierteljahrhundert beeindruckende Fortschritte gegeben, doch Millionen Menschen bleiben abgehängt. Das geht aus einem am Dienstag vorgelegten Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) hervor. »Über die vergangenen Jahrzehnte haben wir Erfolge in der menschlichen Entwicklung erlebt, die einst als unmöglich galten«, erklärte der leitende Autor Selim Jahan in Berlin. Vor allem Frauen, Minderheiten und Flüchtlinge würden davon aber nicht erreicht. Die seit 1990 erzielten Fortschritte seien beeindruckend, heißt es in dem UN-Bericht. »Die Menschen leben länger, mehr Kinder besuchen eine Schule, und mehr Menschen haben Zugang zu einer sozialen Grundversorgung.« Zudem sei eine Milliarde Menschen aus extremer Armut herausgekommen.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es häufig systematische Benachteiligungen sind, die Frauen und andere Gruppen vom Fortschritt ausschließen. *AFP/nd* **Seiten 7 und 10**